

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung im Voraus für Deutschland 2,50 M., bei halbjährlicher Zahlung ohne Vorzahlung monatlich 70 Pf., bei Zahlung unter Nachnahme 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den meisten Buchhandlungen der Reichshauptstadt für 1919 empfangbar.
Veranstaltung Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Gesamtpreis: Kurt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit“ ist ein politisches, literarisches und wissenschaftliches Organ. Die Redaktion befindet sich in Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Zusendungen von 10 bis 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends geöffnet.
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Gesamtpreis: Kurt Norden 2895.

Die

# Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 12. Februar 1919

Nummer 77

## Die Folgen des neuen Militarismus.

### Das Mißtrauen des Auslandes.

Der Zusammenbruch des Militarismus am 9. November hat nicht verhindert, daß seine Träger sich bald wieder aufruffen und einen neuen Militarismus zu organisieren begannen. Neben den Ereignissen im Innern gab ihnen den äußeren Anlaß hierzu das Vordringen der Polen in der preussischen Provinz Polen. Gestützt von der Regierung Ebert-Scheidemann, der die Wiederaufrichtung des Militarismus etwas durchaus Erwünschtes war, haben es die Träger des alten bankrotteten Militarismus verstanden, sich umfangreiche Soldnerscharen zu kapern, um mit ihnen den Krieg im Innern gegen die Arbeiter und nach außen gegen die Polen zu führen. Daß dieses gewalttätige Vorgehen gegen die Polen, die Wiederaufrichtung des preussischen Militarismus in neuer Form, das Mißtrauen des Auslandes in die Aufrichtigkeit der deutschen Friedensbestrebungen wachrufen mußte, hat weder die Militaristen alten Schlages, noch die Sozialisten der Art Eberts und Scheidemanns gehindert, diese Rüstungen mit aller Gewalt zu betreiben.

Alle diese Maßnahmen haben das Mißtrauen des Auslandes auf allerhöchste verstärkt. Besonders die Rede Eberts zur Eröffnung der Nationalversammlung hat dem Ausland neue Veranlassung gegeben, auf das Anwachsen des militaristischen Geistes in Deutschland hinzuweisen. Besonders für die Stimmung in England ist das folgende Telegramm:

Amsterdam, 10. Februar. „Dalsb Chronicle“ ist der Ansicht, daß die militärischen Stellen der Alliierten mit größter Aufmerksamkeit die militärische Entwicklung in Deutschland verfolgen müßten. Der Ton der Rede Eberts zeigt, daß das offizielle Deutschland vollständig einsehe, daß es für die Alliierten schwierig sein würde, die Feindeligkeiten in irgendeiner Richtung wieder aufzunehmen. Darauf beginnt es seine Hoffnung zu bauen, damit müsse ein Ende gemacht werden und, zwar dadurch, daß man diese Hoffnung sofort vollständig vernichte. Bei jeder Erneuerung des Waffenstillstands ist eine Demobilisierung in Deutschland in bestimmtem Umfang verlangt worden, und es ist jetzt an der Zeit, darauf zu achten, daß diese Forderung auch wirklich ausgeführt wird.

Die Entente hat bereits mehrfach offiziell von Deutschland die Einstellung der Waffenhandlungen gegen die Polen verlangt. Daß Deutschland trotzdem fortfährt, immer weitere Truppenmengen an die Ostgrenze zu werfen, um mit Gewalt das weitere Vordringen der Polen zu verhindern, wird nun den äußeren Anlaß abgeben, Deutschland bei den in den nächsten Tagen beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen neue drückende Bedingungen aufzuerlegen. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet bereits:

Berlin, 11. Februar. Der Oberste Rat der Alliierten ließ der deutschen Obersten Delegation am 10. Februar in Spaas mitteilen, daß er von ihr eine Bestandsangabe über das zur Zeit in Deutschland vorräthige oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren und der Seeflugzeuge. Er begründet diese Forderung mit der Haltung der deutschen Obersten Delegation in der Polenfrage und mit der Konvention, die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstands festzulegen.

Aber die Entente wird sich mit der Bestandsangabe über das deutsche Kriegsmaterial nicht begnügen. Neben militärischen Maßnahmen gegen den deutschen Militarismus plant die Entente, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Lugano mitgeteilt wird, auch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen. So soll Lord Cecil erklärt haben, daß die Entente Deutschland jede Lebensmittelzufuhr verweigern werde.

So weit haben es also die deutschen Militaristen gebracht! Ihr gewalttätiges Vorgehen im Osten, das dem Herrn Hindenburg und seinen Gefolgsleuten die Gelegenheit gab, die Gegenrevolution ganz offensichtlich zu organisieren, hat uns wiederum in den allerhöchsten Gegensatz zum Ausland geführt. Das Ausland erkennt die

Gefahr, die ihm von dem Wiederaufleben des deutschen Militarismus droht und es kämpft rechtzeitig dagegen. Die Leidtragenden aber sind in diesem Fall wie immer die breiten Massen der Bevölkerung, die nun auch ferner dem Hunger ausgeliefert werden sollen.

### „Bürgerstreik“ in Danzig.

Wolff meldet: Ein großer Bürgerstreik droht in Danzig auszubrechen. Der Arbeiter- und Soldatenrat und der Volksgewaltsausschuss bestehen auf ihrer Forderung, die auf dem Dagebberg untergeordneten Grenzschutztruppen, die sie für reaktionär halten, eventuell unter Anwendung von Waffengewalt zu entwaffnen. Sie haben geplant, mit Arbeitern und ihnen ergebenen Truppen den Dagebberg zu kappen. Der Danziger Bürgererrat, in den sämtliche Organisationen der Bürgerschaft von Handel, Industrie, Handwerk und die Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden zusammengeschlossen sind, hat sich geschlossen hinter das Generalkommando gestellt, das die Auflösung dieser Truppe verweigert, weil jeder einzelne Mann der Truppe für die sozialistische Regierung und die Republik verpflichtet worden ist, die Truppe somit als vollkommen regierungstreu anzusehen sei.

Auf ein Telegramm des Bürgerrates an die Reichsregierung in Berlin sandte diese im Auftrage des Volksbeauftragten Roske an den Danziger Volksgewaltsausschuss folgendes Telegramm: „Es wird Beschwerde geführt, daß sich Ausschuss Eingriffe in tatsächliche Führung und Organisation des Grenzschutzes anmaßt. Das weiß die Regierung auf keinen Fall dulden. Wegen weiterer Eingriffe wird Reichsregierung verstehen, die Ausschussmitglieder mit aller Strenge zur Rechenschaft zu ziehen.“

Der Danziger Bürgererrat hat beschlossen, in Danzig den Generalstreik zu proklamieren, wenn der Volksgewaltsausschuss nicht in letzter Stunde von seinen feindseligen Absichten abläßt. Die den ganzen Tag über geführten Verhandlungen dauern an.

Ein „Generalstreik der Bürger“ wird etwas kläglich ausfallen.

Jeder Arbeiter kann streiken, indem er aufhört zu arbeiten. Aber wie wollen die Bürger streiken? Anders als aufhören Bürger zu sein? Oder glaubt man in Danzig, wenn einige Schulen und Bureaus geschlossen werden — das wäre Generalstreik?

Bemerkenswertes an Wolffs Bericht ist das Telegramm des Oberfeldherrn Roske. Das ist so ganz der Ton eines großen wahnwitzigen Generals. Nicht ein wirklicher „Volksbeauftragter“ spricht so, sondern ein brutaler Tyrann, der das Volk verachtet.

### Bürgerchaftswahlen in Hamburg.

Hamburg, 11. Februar. In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Verordnung betreffend die Neuwahlen der Bürgerschaft angenommen mit einigen reaktionellen Änderungen, durch die die Neuwahl um acht Tage früher geleist wird. Danach finden die Wahlen bereits am 16. März und nicht am 23. März statt.

### Abflauen der Streiks in England.

Seattle, 10. Februar. (Meuter.) Die Beendigung des allgemeinen Ausstandes wurde öffentlich verkündet.

London, 11. Februar. (Meuter.) Der gemeinsame Ausschuss der Ausständigen am Globe hat heute offiziell empfohlen, die Arbeit morgen, Mittwoch, früh wieder aufzunehmen.

### Die internationale Untersuchungskommission.

Die Kommission, die auf Grund des Beschlusses der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern sich nach Rußland begeben soll, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen, wird sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Friedrich Adler oder Bauer (Österreich), Kautsky (Deutschland), oder im Falle der Verbindung Hilferding, Longuet oder Soul Bourne (Frankreich), MacDonald (England), Wuston (England) als wörtlicher Beirat, Buchinger (Ungarn), Thomas (Argentinien), sowie je ein Vertreter aus Finnland und Italien, die später beauftragt werden können. Der Zeitpunkt der Abreise ist noch festzusetzen.

### Restauration.

Ueber die neue Regierung braucht man nicht viel sagen, sie spricht für sich selbst. Es ist politisch dieselbe Regierung wie die vor dem 9. November. Es ist dieselbe Reichstagsmajorität: die Kriegs-Rechtssozialisten, das Zentrum, die Fortschrittler und ein Teil der Nationalliberalen, die die Regierung stützen werden; dieselben Parteien, die während des ganzen Krieges die Regierungspolitik gestützt, jede Opposition niedergeboren haben und die in allerletzter Linie die Verantwortung tragen für das Unheil des Krieges und den Zusammenbruch. Und damit nichts fehle, damit die historische Kontinuität, der geschichtliche Zusammenhang so recht sichtbar werde, wird hoffentlich Herr Fehrenbach wieder den Präsidentensitz einnehmen, auf dem er die heroischen Kriegskämpfe stets mit so schönen patriotischen Reden zu begleiten wußte.

Da hat man von Konterrevolution gesprochen, da haben manche erwartet, daß das Nuntium und die Bourgeoisie sich sammeln und den Versuch machen werde, gewalttätig dem revolutionären Proletariat die Staatsmacht wieder zu entreißen. Man sieht jetzt, wie überflüssig ein solcher Versuch gewesen wäre. Die Bourgeoisie konnte sich auf die rechtssozialistischen Führer verlassen. Ihre Politik hat dafür gesorgt, daß das Proletariat selbst blieb. Sie haben sich selbst zum Hütel gemacht, um mit Hilfe des wieder aufgerichteten Militarismus die Arbeiterkraft zu entwaffnen und einen Teil der Revolutionäre gewalttätig niederzuwerfen. So haben diese Führer das Gut, das ihnen die deutsche Arbeiterklasse anvertraut hat, verflüchtigt und verwüstet, und nun liefern sie den Rest den Klassenagern aus. Alles, was die Gegenrevolution erhoffen konnte, hat ihr die Politik der Ebert, Scheidemann, Landsberg und Roske viel mühseliger gebracht.

Die sozialistischen Führer haben sich dabei nicht einmal damit bemüht, den Bund mit der Bourgeoisie auf deren sogenannten demokratischen Hügel zu bekränken. Die Angst vor der Verantwortung, das Bestreben, einen möglichst großen Teil der Bourgeoisie zu gewinnen, um desto rückwärtsloser den Arbeitern, die ihrer Führung nicht folgen wollten, entgegenzutreten zu können, der parlamentarische Kleinmuth, der eine Regierung für um so geleisteter hält, je mehr Abgeordnete für sie stimmen, hat die Rechtssozialisten dazu getrieben, auch dem Zentrum wieder in die Macht zu verhelfen.

Jetzt entdecken sie auf einmal, daß das Zentrum demokratisch und zum großen Teil Arbeiterpartei sei. Kräfte erklärten sie stets, daß die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nur ein Mittel sei, um die katholischen Arbeiter für die bürgerliche Politik einzufangen und an der Erkenntnis der Vertretung ihrer wirklichen Interessen zu verhindern. Und sie wußten sehr genau, daß die sogenannte demokratische Haltung des Zentrums nur da und dort eingenommen wird, wo sich die Herrschaftsverhältnisse dadurch besser erreichen lassen.

Aber was sind dieser Regierung Ideen und Prinzipien? Ist doch die Verachtung und Zurücksetzung aller über die materiellen Interessen hinausgehenden Ideen das Charakteristische jener „geborenen Existenz“, die August Bebel so haßte, und die heute die Führung der rechtssozialistischen Partei bestimmen.

Seit 1871 hat das deutsche Volk in immer höherem Grade den politischen Sinn und den politischen Idealismus verloren. Immer mehr traten materielle Interessenkämpfe in den Vordergrund, immer mehr wurde der Reichstag zu einem Markt, in dem um die Interessen der verschiedenen Schichten gehandelt und geschickt wurde. Die Arbeiterklasse, durch das Sozialistengehick geknebelt, im Reichstag eine hoffnungslose Minorität, wurde alleinige Hüterin der großen demokratischen und sozialistischen Ideale. Der rasche Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg, die gewerkschaftlichen Erfolge, die errungen wurden, während die Politik stagnierte, ließen auch bei einem Teil der Arbeiterklasse die unmittelbar materiellen Interessen in den Vordergrund treten und gehaltener der Gewerkschafts- und Parteibourgeoisie in immer höherem Maße jenen Geist heran-



# Der Streik der Ärzte.

Von Dr. Julius Moses.

Ärzte streiken, d. h. sie verweigern Hilfeleistungen und Hilfsleistungen ihren Rat und Beistand. Sie streiken nicht, um Lohnforderungen zu erheben, sondern sie wenden den Streik als politisches Kampfmittel an. Jedenfalls etwas ganz Neues in der Geschichte des Streiks. Und die Einführung dieser neuesten Erfindung ist durch den revolutionären Deutschland vorbestimmt. Auch auf diesem Wege ist es bahnbrechend allen anderen Kulturkändern vorangegangen.

In der vorpommerschen „Schnapsuniversität“ Greifswald, deren Lehrer aller Fakultäten im W.A. kolonialen Zeitalter sich stets als getreue Untertanen erwiesen, haben künigliche Ärzte der Universitätsklinik ihre Tätigkeit eingestellt, weil auf Veranlassung des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates eine rote Krone auf den Kliniken aufgetragen worden war. Ueber dem Gebäude der Universitätsklinik aber prangt die Inschrift: „Salus aegroti supra lex“ — „Das Wohl der Kranken ist uns höchstes Gesetz.“

In jedem anderen Kulturlande hätte ein gleiches Vorgehen der Ärzteschaft einen Sturm der Entrüstung im Volke erzeugt, in jedem anderen Kulturlande wären die Kräfte einer solchen Staatsuniversitätsklinik, die sich nicht erblicken zu dürfen, daß sie aus politischen Gründen Kranken keine ärztliche Hilfe anzuwenden lassen würden, mit Schimpf und Schande sofort von der Staatsbehörde und dem Unwillen des Volkes demontiert worden. In dem Deutschland der Revolution und dem Deutschland der bestialischen Ermordung der Weiblichkeit und Jugend wird werden solche Taten oder richtiger gesagt, Urakten der Greifswalder Ärzte noch als patriotische Handlungsmotive betrachtet.

Oder sollte etwa Herr Haensch, der derzeitige Kultusminister, dem die Universitäten unterstehen, auch diese Politik der Greifswalder Ärzte als ein Zeichen der von ihm erstrebten „Kulturpolitik“ betrachten? Die Aufgabe des Kultusministeriums muß es sein, aus dem halbstarren System älterer Zeiten in die freie Bewegung aller Kräfte hineinzuführen. Die geistig überlebenden Schichten sollen zu dem Einfluß kommen, den sie haben müssen. Auf dem Boden der Demokratie muß eine Krisisphase der wirklich besten Männer in Staat und Gesellschaft entstehen.

Hier, Herr Haensch, an den Thnen unterstellten Greifswalder Universitätsklinik haben Sie ein Beispiel von der „Krisisphase der wirklich besten Männer in Staat und Gesellschaft.“ Auch in Bremen habe die Ärzteschaft einschließlich der öffentlichen und privaten Kliniken und der Lazarette beschlossen, die gesamte berufliche Tätigkeit einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr und die Versorgung der Bevölkerung unterbrochen wird. (Ubrigens hätte die Bremer Ärzteschaft schon einmal vor sich reden gemacht, als sie vor etwa Jahresfrist eine Resolution in die Welt setzte, in der es heißt: „Aus unserer Erfahrung als Ärzte haben wir die Überzeugung gewonnen, daß Deutschland trotz aller Entbehrungen einen Frieden aus Nahrungsmangel nicht zu schließen braucht.“)

Aus Halle ist uns ebenfalls vor wenigen Tagen von einem Streik der im Militärverhältnis stehenden Ärzte berichtet worden. Diese haben insgesamt ihre Tätigkeit in den Lazaretten niedergelassen und das Sanitätspersonal, die Sanitätsunteroffiziere, die Krankenschwäger und Schwestern veranlaßt, das Weiche zu tun — wodurch etwa 3000 Kranke in den Lazaretten ohne Behandlung der Ärzte und Pflege des Personals blieben —, weil der dortige Soldatenrat beschlossen hatte, daß auch die Sanitätsbeamten ihre Abzeichen abzugeben haben.

Weiter: im „B. Z.“ erschien vor einigen Tagen ein Artikel aus ärztlichen Kreisen, in dem es heißt:

„Die Zustände, welche die von Streiklaut Befehlenden offenbar laut leben, erbittern uns nicht nur als Ärzteschaft; sie sind gesonnet, die Geduld der Ärzte endlich zu erschöpfen. Von vielen Seiten wird daher bereits dem Gedanken ausgedrückt, die immer wieder streikenden Arbeiter, die trotz ihrer Minderzahl die Gesamtbeförderung so furchtbar lähmen, dadurch zur Vernunft zu bringen, daß man sie mit ihren eigenen Waffen bekämpft. Bei der Verbitterung der Ärzte ist es nicht ausgeschlossen, daß diese jetzt auch endlich einmal den Streik, wenigstens den organisierten Arbeitern gegenüber, proklamieren.“

Daß diese Drohung, gerade den organisierten Arbeitern jede ärztliche Hilfe zu verweigern, einer gemeinlichlichen Erpressung, wie sie unzulässig nicht gedacht werden kann, ähnlich ist, lehrt diesen Kreislern ebenso wenig in den Greifswalder Ärzten, wie die Tatsache, daß jeder Verstreik, wenn jede Verweigerung ärztlicher Hilfe eine Sünde für den Arzt ist, die aus politischen Gründen abzuwehren, einer genau unüberwindlichen Schind der Bevölkerung und zwar derjenigen, die der Hilfe am meisten bedürftig sind, im weitesten Sinne des Wortes zu sein. Auf sie trifft nicht mehr der Ausdruck Verdienst zu: „Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen und die soziale Probe fällt in einem erheblichen Teil in ihr Jurisdiktio.“ Und wie zu einem erheblichen Teil in ihr Jurisdiktio.“ Und wie zu einem erheblichen Teil in ihr Jurisdiktio.“

Daß diese Drohung, gerade den organisierten Arbeitern jede ärztliche Hilfe zu verweigern, einer gemeinlichlichen Erpressung, wie sie unzulässig nicht gedacht werden kann, ähnlich ist, lehrt diesen Kreislern ebenso wenig in den Greifswalder Ärzten, wie die Tatsache, daß jeder Verstreik, wenn jede Verweigerung ärztlicher Hilfe eine Sünde für den Arzt ist, die aus politischen Gründen abzuwehren, einer genau unüberwindlichen Schind der Bevölkerung und zwar derjenigen, die der Hilfe am meisten bedürftig sind, im weitesten Sinne des Wortes zu sein. Auf sie trifft nicht mehr der Ausdruck Verdienst zu: „Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen und die soziale Probe fällt in einem erheblichen Teil in ihr Jurisdiktio.“ Und wie zu einem erheblichen Teil in ihr Jurisdiktio.“

Die Mäßigung in den Kreislern der Ärzteschaft gegen einen großen Teil der Ärzte ist im Wochenspiegel, der Sünden der weltlichen Willenshaft und ihrer Ver-

treter während des Arztes sind gar zu viele; mögen die Ärzte auch überdies dafür sorgen, daß diese Mäßigung der organisierten Arbeiterschaft nicht in offene Feindschaft ausartet.

## Arbeiterräte und Einigung.

Von Willy Meir.

Die Lösung des Tages ist, was man auch hinkommt, in Werkstätten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, wo immer Arbeiter zusammenkommen, die Einigung des Proletariats.

War der erste Schritt noch Einigkeit, der von den Schwarzkopflingen Arbeitern und denen der U.G.O. ausging, eine Tat gewesen, so ist jetzt die Initiative der Arbeiterräte in dieser Hinsicht zur Unmöglichkeit geworden. Die Arbeiterräte sind nicht beauftragt, die Einigkeit des Proletariats durchzusetzen, weil sie die wirklichen Träger, der wirkliche Ausdruck der sozialen Revolution sind. Sie gehen bei der Arbeiterschaft wirkliche Beziehungen an; sie sind daher beauftragt, in die Partei und besonders in die Gewerkschaftsbewegung einen frischen, gesunden Luftstrom hineinzuleiten.

Die Arbeiterräte sind am 9. November geboren worden; die A- und B-Räte sind es gewesen, die den Bürokratismus und Militarismus im ersten Ansturm zerbrechen wollten.

Daß es nicht gelang, weiß jeder denkende Proletarier. Die Aufgabe der Arbeiterräte ist es, darauf hinzuwirken, wie ungenügend die Schuld und die Verantwortlichkeit dieser Führer war. Bürokratismus und Militarismus erhoben ihr Haupt wieder denn je.

Die sozialen Zustände haben ihre Ursache in dem Treiben der Konterrevolutionäre, Kapitalmangel, Lebensmittelmangel, Arbeitslosigkeit, die Verelendung des Proletariats, der Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft sind zurückzuführen auf die Schwelgerei der Bürokratie, auf die Schwelgerei gewisser kapitalistisch-monarchisch-militaristischer Interessententeile.

Ich behaupte, daß trotz partieller Streiks der Bergarbeiter ein Ueberflug an Kohlen vorhanden sein muß! Wir brauchen Kohlen nicht für den Betrieb von Kriegsmaschinen; wir brauchen in Berlin infolge der Stilllegung der Privatindustrie und infolge der erheblichen Einschränkung der Arbeitszeit von dreimal acht Stunden täglich auf fünf Stunden täglich nur etwa ein Fünftel der Kohlenmenge im gleichen Monat des Vorjahres, aber in der deutschen Öffentlichkeit erzählt jeder Drahtzieher der Reaktion: Die Bergarbeiter streiken, daher der Kohlenmangel.

Rechtlich verhält es sich mit dem Mangel an Lokomotiven. Im Hinblick darauf, daß uns die Entente jetzt erhebliche Mengen unseres rollenden Materials abgenommen hat, wäre es doch notwendig, die Lokomotivfabriken voll zu beschäftigen, ja den Bau von Lokomotiven noch zu forcieren, aber nichts von dem ist zu hören. Die Unternehmer erklären, es fehlt an Material; an Werkstoffen, an Rohmaterialien, an Holz, speziell an Eukalyptus — die Forster gestreift haben.

Allerdings, die Forster haben gestreift, sie hatten aber keine Anforderungen gestellt, sondern verlangten nur Befreiung der Arbeiter. Mit Recht! Jeder vernünftige Mensch, der den lebensgefährlichen und gesundheitsgefährlichen Formverbreitungen näher kommt, wird die Wichtigkeit einer solchen Forderung anerkennen, nur natürlich nicht der profitstüchtige Unternehmer; was trägt der noch Arbeiterleben und Lungentuberkulose.

Ueber den Mangel an Kessel- und Rohmaterialien kann vielleicht das Demobilisierungsamt oder, wie die Arbeiter sagen, das Demobilisierungsamt Auskunft geben.

Unverkennbar nach dem 9. November haben die Arbeiterräte von der Arbeiterschaft den Auftrag erhalten, in erster Linie für die schnelle Inangabe des Wirtschaftsliebens Sorge zu tragen, weil die Arbeiterschaft weiß, daß nur durch diese Sorge gesichert werden können. Die A-Räte haben nicht unversucht, aber sie stehen überall auf Widerstand, Unterhand und Mißverständnis. Auf den offenen Widerstand der Unternehmer, auf den Widerstand mancher Schwarzkopflinger und auf den Widerstand der Regierung. Die Folge ist Zusammenbruch des Wirtschaftsliebens; 300 000 Arbeitslose! Welch ein unheilvoller Zustand für eine kapitalistische Gesellschaft!

Wir müssen nachdrücklich fordern, weitgehende und kurzfristige gesetzliche Maßnahmen für die Arbeiterschaft; das wäre ein Segen für die Arbeiterschaft, ein Segen für die Nation.

Aber wir wollen auch betonen, daß wir im Interesse der Einigungsbestrebungen sehr darauf bedacht sind, keine neuen Organisationen ins Leben zu rufen, das wäre Verpflüchtung statt Einigung.

Der Gewerkschaften mögen sich darauf einrichten, daß die von uns gewählten Arbeiterräte in den engeren Verwaltungskörpern ohne weiteres Sitz und Stimme erhalten.

Die Partei möge den Arbeiterräten in den Kreiskonferenzen Sitz und Stimme gewähren.

Diese Maßnahmen sind notwendig im Sinne der Einigungsbestrebungen, sie können vor Verpflüchtung dadurch, daß alle Aktionen der sozialen Revolution nach Möglichkeit zusammengefaßt werden zur Bildung der Einheitsfront, der wir dringend bedürfen.

## Gewerkschaftliches.

### Streik der Warenhausarbeiter.

Gestern Abend fand im Hof des Gewerkschaftshauses eine sehr feierliche Versammlung der Warenhausarbeiter in den großen Warenhäusern statt. Durch die Vertreter der zuständigen Organisationen wurde nochmals über die schon seit längerer Zeit gepflegten Beziehungen mit den Unternehmern erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmern mit ihrer Beschäftigungspolitik die Arbeiter zum Kaufmann gelehrt hätten und es nur den Angehörigen zu danken wäre, wenn sie lange Jahre demselben worden sei. Vom Einigungsamt des Gewerkschaftsbundes ist am Donnerstag voriger Woche nachfolgender Bescheid ergangen:

„Der Streik vom 1. Januar 1918 ab werden folgende Wochenlöhne gezahlt: Im Jugendalter von 14—16 Jahren 20 Mk., von 16—18 Jahren 25 Mk., von 18—20 Jahren 30 Mk., von 20—22 Jahren 35 Mk., von 22—24 Jahren 40 Mk., von 24—26 Jahren 45 Mk., von 26—28 Jahren 50 Mk., von 28—30 Jahren 55 Mk., von 30—32 Jahren 60 Mk., von 32—34 Jahren 65 Mk., von 34—36 Jahren 70 Mk., von 36—38 Jahren 75 Mk., von 38—40 Jahren 80 Mk., von 40—42 Jahren 85 Mk., von 42—44 Jahren 90 Mk., von 44—46 Jahren 95 Mk., von 46—48 Jahren 100 Mk., von 48—50 Jahren 105 Mk., von 50—52 Jahren 110 Mk., von 52—54 Jahren 115 Mk., von 54—56 Jahren 120 Mk., von 56—58 Jahren 125 Mk., von 58—60 Jahren 130 Mk., von 60—62 Jahren 135 Mk., von 62—64 Jahren 140 Mk., von 64—66 Jahren 145 Mk., von 66—68 Jahren 150 Mk., von 68—70 Jahren 155 Mk., von 70—72 Jahren 160 Mk., von 72—74 Jahren 165 Mk., von 74—76 Jahren 170 Mk., von 76—78 Jahren 175 Mk., von 78—80 Jahren 180 Mk., von 80—82 Jahren 185 Mk., von 82—84 Jahren 190 Mk., von 84—86 Jahren 195 Mk., von 86—88 Jahren 200 Mk., von 88—90 Jahren 205 Mk., von 90—92 Jahren 210 Mk., von 92—94 Jahren 215 Mk., von 94—96 Jahren 220 Mk., von 96—98 Jahren 225 Mk., von 98—100 Jahren 230 Mk.“

Während alle die Forderungen auf das bescheidenste Maß zurückgeführt werden waren, nahmen die Vertrauensleute der Betriebe in einer besonderen Sitzung doch diesen Schlußspruch an. Sie empfahlen der Versammlung, auch über die diesen Schlußspruch zu überprüfen, um zu sehen, daß sie nicht seien, nicht übertrieben hohe Forderungen zu stellen, sondern nur das verlangten, was zur Zeit gerecht und billig sei. Da von Seiten der Unternehmer jedoch der Schlußspruch abgelehnt wurde, sei die Frage zu erörtern, ob die Anschließen ihre Forderungen mittels eines Streiks durchzusetzen wollten. In einer sehr lebhaften Diskussion wurden die Gründe für und gegen einen solchen Streik von den verschiedenen Rednern erörtert. Von Ansehlichen der Gewerkschaftsvereinigungen wurde weitgehend Solidarität zugesichert. Schließlich wurde beschlossen, daß man, wenn man in einen Kampf eintritt, nur einen Dingen einzig sein muß. Jede Mißbilligung würde von vornherein beabsichtigt werden. Die Einigung der Versammlung war überaus lampförmig. Schließlich Redner erklärten, daß die Gewerkschaft lange genug an der Nase herumgeführt worden seien, man solle endlich handeln. Unter härmlichem Beifall wurde der Antrag, in nachfolgende Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, gegen eine Stimme abgelehnt und ein Antrag, sofort in den Streik einzutreten, einstimmig angenommen.

Eine Branchenversammlung der Maschinenbauer fand am Sonntag in den Sophienhallen statt. Herr Kirch erholte zunächst Bericht über die letzten Verhandlungen. Unter anderem sollte er mit, daß die beiden Verhandlungsführer Leben und Sterben von ihrem Posten zurücklassen, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die gesamte alte Branchenversammlung wurde wiedergewählt und zur Verhinderung, daß die Mitte der Versammlung einige Kollegen weggenommen werden, wurde beschlossen, daß der Branchenfond 2500 Mk. bereitstellt. Herr Kirch hielt dann einen Vortrag über: „Die Befreiung der Arbeiter.“ Er führte in kurzen Zügen aus, die Unternehmern, die Tag für Tag Hunderte von Arbeitern auf die Straße setzen, trotzdem Substanz mit der Arbeiterschaft; angeblich sind 60 000 Metallarbeiter arbeitslos, und das Geld ist nicht abzugeben. Er sagt die Unternehmer an, durch diese Maßnahmen, Arbeitslosigkeit in die Reihen der Arbeiter zu bringen, um getrieben durch höhere Not, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Die Verhandlung, angeblich eine sozialistische, steht dem nichts gegenüber. Doch nur die in der ganzen Sache liegt, daß man an den Verhandlungen, die die Verhandlungsführer und auch der „Gewerkschaft“ gegen die ArbeiterInnen loslassen, sie als arbeitslose Menschen, Arbeiter fordert die Kollegen an, sich auch in dieser schweren Zeit fest zusammenzuschließen und durch nichts davon zu lassen. Erst die Lebensmittelpreise herunter und dann die Löhne abgebaut. Ein Antrag, der die Zustimmung aller Anwesenden erhielt, verlangt von der Regierung entsprechende Maßnahmen, die Substanz der Unternehmer zu unterbinden und die Ausfahrungen der vorhandenen Kapitalisten in der Industrie zu verhindern. Auch ein weiterer Antrag, der verlangt, daß die Branchenleitung in der Ortverwaltung dafür sorgen solle, daß Arbeit so weit wie möglich ein Verbot einbringen wird, sind einstimmig angenommen. Ein Antrag, dem Vorstand die Instruktion zu erteilen und nur in der „Freiheit“ und „Kriegsfrage“ zu antworten, wurde nach lebhafter Debatte mit großer Majorität angenommen. Herr Kirch schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern, welche Annahme des Schlichtungs-Vorganges in einem abgeordneten Kommando, Kol. C. G. K. hat sich auf einen absehbaren Standpunkt; das ginge nicht, da die Unternehmer es ablehnen, zu verhandeln. Er kündigt die Kollegen, daß zusammen mit den Anwesenden, die den Streik auch nicht onerieren, ein neuer Ausschuss bereitgestellt werden soll. Mit einem Applaus an die Kollegen, daß an den Verhandlungen recht zugehen, schloß der Bericht. Die Versammlung beschloß ferner, dem Branchenfond 200 Mk. aus der Branchenkasse zu überweisen.

Verband der Fabrikarbeiter, Raffinerie Groß-Berlin. Der Verband der Fabrikarbeiter, Raffinerie Groß-Berlin, hielt am letzten Sonntag im Saal 1 des Gewerkschaftshauses seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Herr Brandt. In vielen Reden zeigte er, wie durch die Revolution die Wege für die gewerkschaftliche Tätigkeit geebnet wurden. Mit dem Unternehmer-Verband der Gewerkschaften Industrie wurden über die Lohn- und Arbeitsbedingungen Verhandlungen abgeschlossen, welche den Arbeiterinnen bedeutende Vorteile brachten. Auch ist die Gewerkschaft in verschiedenen Abteilungen, die es denen in dieser Industrie Beschäftigten ermöglichen, besser als bisher den Anforderungen des täglichen Lebens gegenüber gestellt zu werden. Für die Schuhplattener-Industrie sowie im Handwerksbereich wurden ebenfalls erhebliche Verbesserungen erzielt. Mit dem Arbeitsgeber-Verband der Wägen- und Eisenindustrie (Königsberg) zur Verhandlungen, welche ebenfalls ebenfalls Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge haben werden. Inauguralmomenten machten sich bemerkbar, daß das Kastentouren überhand neuer Organisationen, die lediglich geeignet sind, die Arbeiterschaft zu zersplittern und ihre Solidarität zu schwächen. Sie befinden sich in der ständigen Industrie und in der Industrie der Wägen- und Eisenindustrie. Den Kollegen und Kolleginnen kann nur geraten werden, die Augen offen zu halten und allen Werbebestrebungen solcher Organisationen entgegenzutreten. Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Ortverwaltung und deren Erfolg ist nicht zu wider in der Zunahme der Mitgliederzahl. Während 15 000 Neuanmeldungen wurden im letzten Vierteljahr gemacht. Der Ausschuss, welcher gebildet wurde, um die Tätigkeit der Ortverwaltung zu prüfen, ist ebenfalls tätig. Mehrere Redner kritisierten das die einseitige politische Stellungnahme des Verbandesorgans; eine Resolution, welche dies verurteilte, fand einstimmige Annahme. Der Sozialer Spandauer Bericht, der für den Verband ein Komitee angestrichen, welcher gleichzeitig in Spandau wohnt. Dem Komitee die Generalversammlung zu. In die Ortverwaltung wurden folgende Mitglieder gewählt: Die Kollegen Müller, Schmitt, Böhm, Henschel, Kammann, Müller, Bräde, Lange, Böhm, Schmitt, Müller und die Kollegin Köder. Letztere als Vertreterin der Wägen-, Eisen- und Eisenindustrie. In den Gewerkschaften wurden die Kollegen Müller, Böhm, Bräde, Schmitt und Kammann gewählt.

Zum Bericht bei Herrn Oberst, Herrschaftsleiter, Polizeibeamter. In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen der Firma und dem Komitee der Angehörigen und Arbeiterinnen stattgefunden. Herrschaftsleiter Herr Oberst hat sich, daß er auch mit den Organisationen verhandeln will. Die Regierung der Firma sollte den Verhandlungen zustimmen, wobei die Firma beantragt, daß solche Forderungen gestellt werden, die auch nach dem Streik der Firma erzwungen. Mit nun der Kundmachung einige Forderungen an der Verhandlungsvorgang und zum Zweck des Ausgleichs der noch existierenden Fragen der Einigung der Gewerkschaften veranlaßt, erklärte Herr Oberst, mit den Gewerkschaften verhandelt er nicht. Also ganz noch er selber den Verhandlung und dann gibt er sich zurück. Der Bericht geht also weiter, weil der Herr Oberst, Herrschaftsleiter an dem Verhandlungsführer; ich bin jetzt im Strafe. Das haben schon mehrere erfahren. Auch Herr Oberst wird mit diesem Standpunkt nicht durchkommen. Der Streik geht in langer Dauer. Die Herrschaftsleiter diesen nachvollziehlichen Standpunkt endgültig auftritt. Wir bitten die Arbeiter, uns bei unseren gerechten Kämpfen zu unterstützen.

# Heute, Mittwoch, Zahlabend in Groß-Berlin.

Donnerstag, 13. Februar, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

## Groß-Berlin.

### Bezeichnung der Arbeitslosen.

Wer im sichern Bort und hinter dem warmen Ofen sitzt, hat es leicht, so von oben herab über die Arbeitslosen heranzusehen. Er sieht in seiner Reizung alle Laage, wie die Arbeitslosigkeit wächst, und sieht auch Mitleidende, daß da und dort Leute geacht werden und nicht anständig sich melden. Er fragt nicht nach den Ursachen, kummert sich nicht weiter darum, welche Löhne geboten werden und wie die Arbeiter untergebracht werden; es amüsiert ihn die Tatkraft, und Flug fällt so einer sein Urteil, natürlich abspredendes Urteil. Und dies geht dahin: die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten, sie sind arbeitssüchtig, die Unterbringung ist zu hoch um. Zu den Reuten, die also die Arbeitslosen in ihrer Gesamtheit beurteilen, gehört auch die Leiterin der Wochenchrift „Die Berliner Hausfrau“.

In ihrer Nummer vom 9. Februar bringt diese von Dorothea Goebeler redigierte „praktische Wochenchrift für Hauswirtschaft“ einen Artikel über „Arbeitslosenunterstützung“ von D. G., also von Frau Goebeler, in welchem die Arbeitslosen wie folgt bezeichnet werden:

„Wenn die Kohlenkrise, die jetzt heranrückt, nicht noch in wüthender Stunde abgewehrt wird, dann stehen in wenigen Tagen unsere arbeitsamen Volksgenossen still, dann gibt es weder Licht noch irgendwelche Transportmittel mehr, dann ist die Vorrat für die Landwirtschaft unmöglich.“

Und warum wird und muß es kommen? Weil der Feind im Lande steht? Nein, weil deutsche Männer, weil unsere eigenen Volksgenossen es für anaerbracht halten, in diesen furchtbaren Tagen, wo jede Hand zur Arbeit gebraucht wird, nicht arbeiten zu wollen, weil die Herren Kohlenarbeiter, die jetzt schon hohe Löhne erhalten, wie sie früher kaum ein studierter Mann bezog, weil sie nicht zufrieden sind mit ihrem Lohn und streifen, weil von unsern Männern, von guten Männern, ihr Frauen, es Hunderte, nein Tausende für viel beaemter halten, hier in Berlin mit der hohen Arbeitslosenunterstützung herumzukauten und sich zu amüsiieren, statt dahin zu gehen, wo Arbeiter gebraucht werden, und wo es zu schaffen und zu arbeiten gilt, damit Weib und Kinder nicht Hungers sterben. Das macht euch einmal klar, ihr Frauen, steht auf eure Kinder, denkt an die harte Arbeit, die ihr leistet habt in den schweren Kriegsjahren, denkt daran, was ihr aepfert habt, um euer bißchen Hab und Gut zusammenzubringen, um durchzuhalten bis zur endlichen Erlösung von aller Qual. Und dann überleut euch, daß das alles jetzt vor bössigem Zusammenbruch steht, daß Armut, Hunger und jammervollstes Elend schon in den nächsten Tagen über euch hereinbrechen kann, um dann auf Jahre und Jahrzehnte euer treuer Begleiter zu bleiben, und noch eure Kinder und Kindeskinde hinarumzürren; ihr werdet dann ja wohl die rechten Worte finden, wenn eure Männer oder Söhne etwa auch zu denen gehören sollten, die hier auf all meine Röhren ein Kaulenzerleben führen wollen. Statt dahin zu gehen, wo ihre Arbeit gebraucht und auch out bezahlt wird. Die Erwerblosenunterstützung ist jedenfalls eine ausgearbeitete Einrichtung, wir können und wollen sie nicht wieder missen; in der Form aber, in der sie bis jetzt gebandbalt wurde, wor sie nichts als eine Brämie für Arbeitssüchtige und Faulheit. Das scheint man ja in den zuständigen Kreisen jetzt auch endlich einzusehen, und wir hören von einem beabsichtigten Abbau. Offenlich acht er mit derselben Fixität vor sich, mit der so manches andere in den letzten Monaten abgebaut und einzerrissen worden ist. Arbeitslosenunterstützung hat nur dann Sinn und Zweck, wenn Geld in Fond mit ihr auch der Arbeitszwang an geht. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, laut das Wort; nein, er soll es auch nicht, und lebt weniger denn je, denn jeder Wissen, den er verächtlich, in Diebstahl an armen hungernden Kindern, ist ein Verbrechen an euch, ihr Frauen. Alles Erbarmen und alle Hilfe denen, die unversichert in Not geraten sind und keine Arbeit finden können! Nicht als Almosen soll ihnen die Gemeinshaft der andern, der Glücklicheren ihren Bestand gewähren, nein als selbstverständliche soziale Pflicht. Alle Strenge aber auch denen, die arbeiten können, für die Arbeit da ist, und die statt dessen lieber herumkauten und sich als laule Geschmeiß von den andern ernähren lassen!“

Frau Goebeler läßt alles und jedes soziale Verständnis vermessen. Sie weiß nicht, daß die Kohlenarbeiter gern arbeiten, aber sie möchten nicht mehr für den Kapitalismus fronden, sondern nur für die Allgemeinheit. Sie weiß auch sonst nichts darüber, wie der Arbeitsmarkt beschaffen ist, wie Tag für Tag Tausende entlassen werden. Sie hält es aber für anaerbracht, trotz ihrer Unkenntnis von der Lage der Dinge die Opfer der heutigen Zustände noch zu bezeichnen und zu beschimpfen. Die Leiterinnen unseres Blattes sollten

dieser über alles Schwätzenden Frau die Antwort geben, die sie verdient.

### Die Koske-Garde an der Arbeit.

Von einem Augenzeugen wird uns mitgeteilt: Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr war an der Französischen Straße Ecke Friedrichstraße ein Trupp der Koske-Garde aufgestellt, der die Aufgabe hatte, Passanten und anliegende Häuser nach Waffen zu durchsuchen. Auf dem Gange zu meinem Bureau fiel auch ich der Soldateska in die Hände. Als man mich nach Waffen durchsuchte, erlaubte ich mir, die Soldateska nach dem Ausweis zu fragen. Daraufhin kam ein Offizier in Zivil, dessen Befehl mich lebhaft an die Briantonskants der Etappe erinnerte, und forderte mich auf, die Hände aus den Manteltaschen zu nehmen. Dies lehnte ich selbstverständlich ab. Ich wurde deshalb verhaftet, zeigte mich aber nicht geneigt, der Verhaftung freiwillig Folge zu leisten. Daraufhin kriegten der Leutnant sowie ein Pöbel mit entschiedenem Revolver auf mich zu und ich wurde schließlich gezwungen, der Verhaftung Folge zu leisten. Ich wurde in einen Hauskeller der Friedrichstraße gebracht und dort von 6 schwer bewaffneten Koske-Gardisten bewacht. Während dieser Zeit schleppte man noch eine Frau herbei, die deshalb verhaftet worden war, weil sie sich die schamlose Art, mit der die Soldateska der „sozialistischen Republik“ ihren Körper besaß, verdröben hatte.

Der junge Leutnant, der die Verhaftung gegen mich ausgeprochen hatte, schien sich inzwischen darüber klar geworden zu sein, daß er eine Tumbheit gemacht hatte. Er wollte mich entlassen, wenn ich mich ihm gegenüber legitimieren würde. Ich legte dem Herrn, doch ich auf seine Grobmut Verzicht leisten, da er kein Recht dazu habe, mich nach einem Ausweis zu fragen. Dies könne nur das zuständige Polizeirevier tun. Schließlich wurde ich zum Batallionsstab des Grenadierregiments 12 gebracht unter der Verwahrung von zwei Leutnants und zwei bewaffneten Soldaten. Auch hier lagte ich den jungen Leuten in Offiziersuniform, daß ich es als Staatsbürger ablehne, mit Männern ihres Standes meine Wittenlarie zu wechseln. Nach erregten Interphongesprächen nach allen möglichen Richtungen wurde ich schließlich als „Unbekannt“ freigelassen.

Der Vorfall beweist, daß die zur Rettung des Vaterlandes aufgebotenen Offiziere nicht die primitivste Geisteskenntnis haben. Sie spielen sich als die großen Herren auf, aber das Recht, das sie sich anmaßen, küßt sich bei ihnen lediglich auf die Waffe.

### Die Familienversicherung.

Die Besprechungen, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth über die Einbeziehung der Ehefrauen und Kinder in die Krankenversicherung zwischen Vertretern der Gemeinden, der Kriegerkassen und der Krankenkassen im Berliner Rathhaus stattfanden, haben zu dem einstimmig gefaßten Beschluß geführt, eine Eingabe an das Reichsarbeitsamt zu richten. In dieser Eingabe ist ausgeführt, daß die nicht von der Krankenversicherung erhaltene minderbemittelte Bevölkerung mit dem Abbau der Kriegslieferung die größte Verelendung erleidet, welche während des Krieges sich je überaus verbreitet hat. Eben hierdurch ist die Frage der Einbeziehung der Familienmitglieder in die Krankenversicherung so dringlich geworden. Die Eingabe fordert das Reichsarbeitsamt auf, durch eine Kooperationsordnung, aber unter Wahrung aller berechtigten Interessen der Gemeinden, der Krankenkassen und der Krieger die Familienversicherung einzuführen. Für Groß-Berlin, wo die Verhältnisse besonders schwierig sind, soll eine enge Kommission von Vertretern der genannten Interessengruppen die nötigen Vorarbeiten unverzüglich in Angriff nehmen.

### Achtung! Arbeiter- und Soldaterräte U. S. V. D.

Die in der heutigen Morgennummer der „Freiheit“ erlassene Bekanntmachung der Arbeiter- und Soldaterräte, die auf dem Boden der U. S. V. D. stehen, werden zu heute Mittwoch, den 12. Februar, abends 6 Uhr, nach dem Abgeordnetenhaus, Zimmer 17, persönlich eingeladen. Die Bekanntmachung steht in feinem Zusammenhang mit der Forderung der U. S. V. D. Arbeitererräte.

Wir machen hiermit bekannt, daß diese Sitzung der U. S. V. D. Arbeitererräte am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Herrenhaus, Leipziger Straße, im Plenarsaal stattfindet.

**Wohnungsfrage und Krankenpflege.** Schon früher haben die Krankenkassen die Wohnungsfrage vielfach zu fördern gesucht. Mit Bezug hierauf hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, in einem Brief vom 20. Januar 1919 den Wunsch ausgesprochen, daß die städtischen Wohnungswirtschaftsorgane eine dauernde Verbindung mit den Kassen zum Zweck ihrer Mitarbeit bei Verbesserung der Wohnungsverhältnisse erstreben möchten. Insbesondere wird angefragt, die von den Kassen angehaltenen Krankenbesucher zu veranlassen, von etwaigen Wohnungsnotständen, die sie bei ihren Besuchen wahrnehmen, den Organen der Wohnungswirtschaft Mitteilung zu machen. In kleinen Gemeinden, die berufsmäßige Wohnungspfleger nicht anstellen können, läge in Frage, ob diese Aufgaben nicht nebenamtlich den genannten Organen der Kassen zu übertragen seien. Die Beamten dürften in der Regel das für diese Aufgabe notwendige soziale Verständnis besitzen, auch den Wert einer guten Wohnung für die Vollgründigkeit und die soziale Wohlfahrt zu beurteilen verstehen. Da die Krankenkassen in der Regel feigebig von dem Entbehen ansehender Krankheiten Kenntnis erhalten, dürfte durch ihre Mitwirkung in der Woh-

nungsfrage auch die Weiterverbreitung solcher Krankheiten durch ungünstige Wohnungsverhältnisse vielfach verhindert werden.

**Städtische Fürsorge für Geschlechtskranke in Neudamm.** Die Stadt Neudamm hat im Hau-Rathhaus (Lage 1.3, Querstraße 1.2, Ecke, am Bergstraße) eine Fürsorge für geschlechtskranke Personen beiderlei Geschlechts eröffnet, die dazu bestimmt ist, alle in den Sprechstunden Erscheinenden einschließlich Kinder, unentgeltlich ärztlich zu untersuchen und den Erkrankten die erforderlichen Behandlungsmittel zu erteilen. Hierbei wird dritten Personen gegenüber strenge Geheimhaltung beobachtet. Bekanntlich können Geschlechtskrankheiten nur durch den künftigen Arzt und niemals durch Kurpfuscher oder auf brieflichem Wege beraten oder gar behandelt werden. Den Betroffenen wird, wenn der Verdacht einer solchen Erkrankung vorliegt, dringend geraten, sich dieser gemeinnützigen Einrichtung der Stadtgemeinde zu bedienen, denn jeglicher Aufschiebung verdröbert die Gesundheit. Die Inanspruchnahme wird vor allem den aus dem Felde Frank zurückgekehrten Kriegsteilnehmern auf das angelegentlich empfohlen. Die Sprechstunden sind für männliche Personen auf Montag, für weibliche auf Donnerstag jeder Woche von 7 bis 9 Uhr abends festgesetzt.

**Große Zugverschiebung kommt unter den arbeitslosen Kleinheimern zum Ausdruck** die durch ihren Verband die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhalten. Bekanntlich gewährt der Kleinheimerverband in den arbeitslosen Wintermonaten seinen Mitgliedern Teilsentlohn. Da er Arbeitslosenunterstützung in Rücksicht auf die Saisonarbeit nicht zahlt. Wie uns mitgeteilt wird, zieht nun der Verband seinen Mitgliedern von der städtischen Arbeitslosenunterstützung pro Woche ohne weiteres 1 Mark ab und stellt dafür eine Marke, angeblich deshalb, weil nach Meinung des Ausschusses der Arbeitslosenunterstützung sehr hoch sei, daß die Kleinheimerei die eine Mark gut zahlen können. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung tritt doch nur dann in die Erscheinung, wenn eine größere Rinderkraft vorhanden ist. In neuerer Zeit ist aber auch in dieser Beziehung eine Beschränkung eingetreten. Wenn der Verband der Kleinheimerei aus Verbandsmitteln Arbeitslosenunterstützung zahlen würde, läge ja die Sache anders. So aber müßte die städtische Unterstühtung den Kleinheimern restlos zukommen. Abzüge dürfen unter keinen Umständen gemacht werden, auch wenn man noch so sehr der Organisation das Beste wünschen möchte.

In der Generalsammlung des Verbandes der Wahlvereine am Sonntag in den Konforbialsälen hat ein Teilnehmer eine Urliste verloren. Der Rinder wird um Abgabe gebeten an Alfred Friedrich, Stadtkammerkassier, No. 11.

### Aus den Organisationen.

**Telefon-Besprechungen.** Die Sitzungen des Kreisvorstandes finden jetzt regelmäßig jeden Montag, mit Ausnahme des Montag vor dem Groß-Berliner Zahlabend, im Kreisbureau statt.

**Charitas-Besprechungen.** Wir weisen die Mitglieder der U. S. V. D. auf die heute abend stattfindende Mitgliederversammlung im Volkshaus hin. Sie beginnt um 7 Uhr.

**Neudamm U. S. V.,** Sitzung Mitglieder! Seitens der Abhängigen wird wiederum in einzelnen Bezirken versucht im Kräfte zu finden und Beiträge von unseren Genossen laißt. Der Ausdruck „Abhängig“ wird von diesen auch Genossen kurzer Hand durchgeschrien. Es ist dies ein Verfahren, das nicht auf Betrug grenzt. Mit der Ehrlichkeit scheint es also bei den Abhängigen nicht weit her zu sein. Das, was sie uns zum Vorwurf machen, fällt auf sie selbst zurück. Darum, Genossen, weilt ihren Burden, welche auf diese Weise durchgehrieben, kurzer Hand die Tür. Unsere Hauskassierer sind mit einer vom Genossen Bachmann unterschriebenen Legitimation ausgestattet.

**Bezirk Weidenau.** Am Donnerstag, den 13. d. M., abends 5 1/2 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es wird gebeten, daß sich sämtliche Genossen und Genossinnen beteiligen. Bezirksleitung.

**Freie Jugend U. S. V. D.,** Donnerstag, den 13. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Hoff, Reichenberger Straße 145, eine Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Montag, den 17. Febr., im gleichen Lokal pünktlich 7 Uhr abends: Vortragsveranstaltung.

### Aus aller Welt.

#### Sie schämen sich.

Folgende keine Beobachtung wird aus Weimar mitgeteilt: Im Besessener der Nationalversammlung, Herr Schöpflin, hat sich ein Brief an die „Freiheit“ geschrieben. Die Arbeiterkassen schreiben die Schande der Koskegenossen in die Welt: Die Regierung des Arbeiterworts. Herr Schöpflin steht die Charakterisierung seiner Freunde, erhebt sich, nimmt die „Freiheit“ von der Wand, legt sie auf den Tisch, die Kopfleite nach unten. Er hat sie nicht gelesen, er wollte nur die Anklageentfernen. Das Schuldbewußtsein drückt die Schuldigen!

#### Wieder eine unbekannte Krankheit.

Aus Kausenburg in Ungarn wird gemeldet, daß dort eine neue Krankheit aufgetreten ist und bereits epidemischartig um sich gegriffen hat. Die Krankheit greift die Schleimhäute des Kopfes an, ist von großen Knochenbeschwerden begleitet und hat Heilungserfolge zur Folge. Man bezeichnete schon bekannte Krankheit gegenüber.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willepp, Neudamm. Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Pichlerdruckerei und Verlagsgehilfe, Rudolf m. b. H., Schiffbauerdamm 13.

### Tempelhof.

#### Kunstabende der U. S. V. D.

Konabend, d. 13. Februar 19, abends 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kollwitz-Kugler-Str. 19/20.

#### Erster großer Musikabend.

Zum Vortrag gelangen Kompositionen von Beethoven — Chopin — Mozart.

Kunstprogramme:

Konzermeister Nicolas Lombard (L. Violin). — Giesfried Casler (2. Violin). — Hermann Scherzer (Viola). — Fritz Robert Wendelscho (Violoncello).

Anfang 7 1/2 Uhr. — Rauchen verboten. — Einlog 5/6 Uhr.

Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten (inkl. Programm und Beilagen) 1,50 M. sind in allen mit Plakaten versehenen Geschäften zu erhalten. — Mitglieder der U. S. V. D. beziehen ihre Eintrittskarten aus den Bezirksbüros zum Preise von 1,00 M. — Freikarten für Arbeitslose beim Gen. Jergung, Poststr. 68.

Der Vorkaufausb.

### Spezial-Behandlung

#### von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Jeder Art bei Männern und Frauen, sowie veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, sonstige Schwäche usw. Ehrlich-Nata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Nahrung-Behandlung, Guckeliber-Entlehnung-Kuren, Eignung für- und für elektrische und medizinische Bäder, ohne Barium-Granz. Geübte Räume für Damen und Herren.

Ärztlich geleitete Heilanstalt.

nahe Alexanderplatz.

Löser, Münzstr. 9, 9.1.4-5. Sonntags 9-1.

### Achtung Charlottenburg!

Die Expedition der Freiheit befindet sich Wallstraße 68 bei Lorenz.

### Achtung! Lichtenberg!

Die Expedition Engel befindet sich jetzt Hohestr. 23, Ecke Alt-Boxhagen.

### Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingeweiht.

#### Berlin:

Cite Redmann, Schöneberg 14.  
Dietz, Rosenstraße 10.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.  
Gast, Reichenberger-Str. 14.

#### Friedenau:

Gast, Reichenberger-Str. 14.

#### Spedition

nach Kamerunerstr. 52

Maag

#### von Kamerunerstr. 52

nach Kamerunerstr. 5

oerzogen.

### Spezial-Behandlung

#### von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

bei Männern und Frauen, Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mandelentzündung, Flechten, Herpes, Mastdarmkreisläufe, Nerven, Menstruationsstörungen usw.

Präsident Dr. Hermanns, Reichenberger-Str. 14, 14/15.

möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Barium-Granz.

Auch Anwendung der wissenschaftlich anerkannten u. glanzvoll bewährten Hohenzollern. Auf Wunsch Sanatorium.

Dr. Hermanns, Reichenberger-Str. 14, 14/15.

Classenstraße 42, 14 Min. v. Stadt, Bahnh.

Sprechst. 10-12 u. 1-5 Uhr.

Expedition. Schiffsbauerdamm 13, ausgegeben 19.

### Bilder

schöne preisw. Auswahl von Landkarten, Ansichtskarten etc. auch Ausführung von Postkarten.

Zorn, 50 17, Reichenberger-Str. 14, vom 3. T.

Spezialbohrer, jedes Posten, kaufen Buchdruck, Poststr. 23, v. 10-12, Reichenberger-Str. 14.

### Inserate

in der darauffolgenden

Tagen werden spätestens

5 Uhr nachm. bis 3

Uhr nachm. bei der

Expedition. Schiffsbauerdamm 13, ausgegeben 19.